



Umsetzung der Ausschaffungs- / Durchsetzungsinitiative Politische Analyse der zu erwartenden Szenarien

Moreno Casasola | Solidarité sans frontières | 8.4.2014

Wie in der angehängten schematischen Darstellung ersichtlich ergeben sich für die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative mehrere mögliche Szenarien. Daraus resultieren wiederum verschiedene Handlungsoptionen für die verschiedenen (politischen) Akteure. Grundsätzlich führen die Szenarien zu vier verschiedenen Resultaten. Entweder...:

- 1) ...folgt dem Gesetzgebungsprozess eine Abstimmung zur Durchsetzungsinitiative
- 2) ...folgt dem Gesetzgebungsprozess die Ergreifung des Referendums
- 3) ...resultieren aus dem Gesetzgebungsprozess keine weiteren, direkten Folgen
- 4) ...folgen dem Gesetzgebungsprozess die Ergreifung des Referendums UND eine Abstimmung zur Durchsetzungsinitiative

Wann tritt welches Szenario ein?

Aktuell steht eine Umsetzung gemäss dem Entscheid des Nationalrates vom 20.3.2014. Diese Form der Umsetzung zerfleddert den Rechtsstaat und schafft die Verhältnismässigkeit ab.

Szenario A: Folgen 3) oder 4)

Folgt der Ständerat dem Nationalrat ohne Widerspruch, so ist es möglich, dass bereits am 19./20. Juni die Umsetzung gemäss aktuellem Stand beschlossen wird. In diesem Falle müsste die SVP die Durchsetzungsinitiative eigentlich zurückziehen, da sie ihren Willen bekommen hat. Sie wird es aber nicht tun, denn gleichzeitig macht dieses Szenario ein Referendum zwingend - und zwar für alle beteiligten Akteure, die nicht der SVP angehören. **Die Sammelfrist für das Referendum würde am 1. Juli 2014 starten.** Wird das Referendum ergriffen und gar gewonnen, wird die SVP die Durchsetzungsinitiative sehr wahrscheinlich trotzdem noch vor das Volk bringen. Wird das Referendum verloren, so wird eine Abstimmung zur Durchsetzungsinitiative überflüssig.

Erstarren alle Akteure indes aus Angst vor einer Niederlage an der Urne und ergreifen das Referendum nicht, passiert gar nichts. Dies muss vermieden werden.

- ◆ **Einschätzung: nicht unmöglich, aber unwahrscheinlich**

Szenario B1: Folge 1)

Der Ständerat legt sich auf die Linie des Bundesrates fest und schafft eine faktisch unüberbrückbare Differenz zum Nationalrat. Es wird keine Einigung erzielt. Der Gesetzgebungsprozess wäre damit zum Scheitern verurteilt und würde in der Herbstsession versenkt. Die Abstimmung zur Durchsetzungsinitiative käme im März oder im Juni 2015 vor das Volk. Alle anderen Akteure ausserhalb der SVP müssten eine Phalanx bilden, um die Abstimmung zu gewinnen.

- ◆ **Einschätzung: unwahrscheinlich**

Szenario B2: Folge 2) oder 3)

Der Ständerat schafft zunächst Differenzen, gibt danach aber wieder klein bei und schwenkt auf die harte Linie des Nationalrates ein, der sich unflexibel zeigt. In diesem Falle müsste die SVP die Durchsetzungsinitiative eigentlich zurückziehen, da sie ihren Willen bekommen hat. Sie wird es aber nicht tun, denn gleichzeitig macht dieses Szenario ein Referendum zwingend - und zwar für alle beteiligten Akteure, die nicht der SVP angehören. **Die Sammelfrist für das Referendum würde am 6. Oktober 2014 starten.** Wird das Referendum ergriffen und gar gewonnen, wird die SVP die Durchsetzungsinitiative sehr wahrscheinlich trotzdem noch vor das Volk bringen. Wird das Referendum verloren, so wird eine Abstimmung zur Durchsetzungsinitiative überflüssig.

Erstarren alle Akteure indes aus Angst vor einer Niederlage an der Urne und ergreifen das Referendum nicht, passiert gar nichts. Dies muss vermieden werden.

- ◆ **Einschätzung: eher unwahrscheinlich**

Szenario B3: Folge 1), ev. Folge 4)

Der Ständerat schafft Differenzen, die von der derzeitigen Umsetzungsvariante über die Einführung einer «Härtefallklausel» abweichen. Diese Umsetzungsvariante bietet eine harte Umsetzungsstrategie gemäss der Vorstellung des Nationalrates und wahrt die Verhältnismässigkeit im absoluten Minimum. Sie bietet den Bürgerlichen ein Schlupfloch und eine Möglichkeit, das Gesicht zu wahren. Sie ist dementsprechend im Nationalrat mehrheitsfähig. Für die SVP bedeutet jede Abweichung von einer Umsetzung gemäss Durchsetzungsinitiative ein «NoGo», weshalb auch in diesem Szenario eine Abstimmung zur Durchsetzungsinitiative folgen wird. Für die politische Linke, insbesondere die Vertreter des «2xNEIN» während des Abstimmungskampfes 2010 würde eine solche Variante bedeuten, dass sie sich die Ergreifung des Referendums gegen diese Umsetzungsvariante trotzdem überlegen müsste - allerdings mit geringen Erfolgsaussichten.

- ◆ **Einschätzung: sehr wahrscheinlich**

FACTS:

- die SVP wird die Durchsetzungsinitiative in keinem Fall zurück ziehen
- es wird zwischen März und Juni 2015 auf jeden Fall zu einer Abstimmung zu diesem Thema kommen. Die bürgerliche Taktik, eine Abstimmung im Wahljahr 2015 zu verhindern, wird nicht aufgehen.

Bewertung der Szenarien

Die Umsetzung der Ausschaffungs- resp. Durchsetzungsinitiative trägt eine Wichtigkeit in sich, die höher gar nicht sein könnte. Es geht um die fundamentale Frage nach der Erhaltung des Verhältnismässigkeitsprinzips und somit des Rechtsstaates an sich. Darüber hinaus geht es um einen nachfolgenden Frontalangriff auf die EMRK, die Diskreditierung der nationalen oder europäischen, gerichtlichen Institutionen, um «Checks and Balances» und die Rolle des eidg. Parlamentes als Verfassungshüter vs. den Volkswillen respektierendes Organ. All diese Dinge stehen zur Debatte - was auf den ersten Blick klar macht: die Umsetzung der Ausschaffungs- resp. Durchsetzungsinitiative ist keine migrations- oder ausländerpolitische Vorlage. Auch wenn die SVP die Diskussionen daran aufhängt und sie darum herum führt. Die Debatte ist dementsprechend ein Kampf zwischen zwei politischen Grundkonzepten: dem Liberalprogressiven und Nationalkonservativen.

In der aktuellen Situation ist es deshalb an der Zeit zu sagen **«Genau hier ist jetzt Schluss!»**. Vor diesem Hintergrund wäre es aus einer reinen Werterhaltung heraus wünschenswert, wenn keine weiteren Kompromisse mehr gemacht würden, die die Tragweite des Geschäftes verwässern. Dies spräche im Prinzip für eine der unwahrscheinlichen drei (A, B1 od. B2) Varianten und gegen die annähernde Umsetzungsvariante, wie sie im Szenario B3, dem Wahrscheinlichsten, aufgezeigt wird. Schlupflöcher und Kompromisse, Apeasement und weitere Annäherungen sind in dieser Angelegenheit mittlerweile fehl am Platz.

Aus realpolitischen Überlegungen heraus bedingen indes alle Szenarien einen grossen Schulterschluss aller Beteiligten. **Ein potentielles Referendum müsste tief aus der bürgerlichen Mitte lanciert und von einem starken linken Komitee ergänzt werden.** Ansonsten wird Gefahr gelaufen, dass das Referendum als «ewig-gestriges Gutmenschen-Vorhaben der Linken und Netten, die die kriminellen Ausländer beschützen wollen» durchgeht. Weil es indes nicht um eine Ausländerfrage, sondern um die oben genannten Dinge geht, stehen die liberalen Kräfte hauptsächlich in der Verantwortung, Courage und eine Rückbesinnung auf ihre zentralen Werte zu beweisen. **Die gleiche Ausgangslage finden wir vor, sollte die Durchsetzungsinitiative zur Abstimmung gelangen.**

Unabhängig von der Realisierung welches Szenariums lässt sich eines mit Sicherheit festhalten:

In dieser Sache nichts zu tun wäre eine der kapitalsten Fehlleistungen der Schweizer Politik der letzten Jahrzehnte und hätte weitreichende Konsequenzen. Gerade auch in Bezug auf die unmittelbar anstehenden Umsetzungsdiskussionen zur «MEI».

Moreno Casasola
8. April 2014

- Anhang:

Graphik «Szenarien zur Umsetzung der Ausschaffungs- / Durchsetzungsinitiative»

Umsetzung Ausschaffungsinitiative: Mögliche Szenarien

